

# Berliner Tageblatt



und Handels-Zeitung.

Chf.-Redakteur: Theodor Wolff in Berlin.  
Druck und Verlag von Rudolf Wolff in Berlin.

Für unerwartet eingetragene Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

## Präsident Wilson.

New-York, 6. November. (Privat-Telegraph.) Der Demokrat Woodrow Wilson ist mit unerwartet großer Mehrheit zum Präsidenten der Vereinigten Staaten gewählt worden.

J. S. Wäre nicht der Balkanfrage, man würde wohl überall die Entscheidung, die das amerikanische Volk gestern gefällt hat, als den bedeutendsten außenpolitischen Vorgang des Jahres bezeichnen. Die große Mehrheit der 531 Wähler, die am 5. Januar zur Präsidentenwahl in Washington zusammenkamen, ist von der Nation beauftragt worden, den Kandidaten der demokratischen Partei zu wählen. Dieser wird am 4. März Dr. Woodrow Wilson, der bisherige Gouverneur des Staates New-Jersey, ins Weiße Haus einziehen. Er wird mit einer verstärkten demokratischen Mehrheit des Repräsentantenhauses und wahrscheinlich auch einem demokratischen Senat regieren. Die ganze innere und äußere Politik der Union wird, wenn Wilson Wort hält, mehr oder weniger „amerikanisiert“ werden. Dies ist ein für die Auslandsbeziehungen nicht gleichgültiges Ereignis.

Wenn Wilson Wort hält, das heißt: wenn er sein schonnes Programm in die Tat umsetzen wird. Der Sezessionsismus regelt sich natürlich von allein, die Geschichte der amerikanischen Politik in den letzten Jahrzehnten verfolgt haben. Die letzten Staatsmänner waren immer mehr oder weniger die Wächter einer stärkeren Gewalt, der Autokratie, der Tyrannis. Erst in der Neuzeit haben sich die demokratischen Prinzipien durchgesetzt. Wilson ist ein Mann, der sich für die Freiheit der Menschheit interessiert. Er ist ein Mann, der die Freiheit der Menschheit als sein Ziel hat. Er ist ein Mann, der die Freiheit der Menschheit als sein Ziel hat. Er ist ein Mann, der die Freiheit der Menschheit als sein Ziel hat.

Das amerikanische Volk will, daß die Macht der Kräfte und Monopole gebrochen wird. Es hat eingesehen, daß der Wohlstand nicht die besten Kräfte des Volkes zerstört, daß es nicht die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Leiden, an denen seine innere Entwicklung krankt, aus dieser einen trüben Quelle fließen. Es hat sich darum zu dem Entschluß aufgeschlossen, daß die Ziele der Welt der Welt angeht werden muß. Darum ist es ihm so schmerzhaft unterlegen, der Schöpfer des Panne-Articles, der der republikanischen Partei den Boden unter den Füßen weggeraucht. Darum hat auch Roosevelt nicht weniger Staaten, weit weniger Stimmen, als selbst seine Gegner annehmen, erhalten. Er hat ein wirklich bedeutendes Programm konstitutioneller und sozialpolitischer Reformen durchgesetzt. Wilson durch Radikalismus zu übertrumpfen. Aber Wilsons Programm ist konsequenter und ehrlicher: es schafft nicht die wirtschaftlichen Voraussetzungen der Reformen, sondern durch den Abbau der Zollmauer, hinter der die von Roosevelt mit Worten so heftig bekämpften Zölle des Volkes verhängt sind.

Das wird nicht von heute auf morgen geschehen, aber doch, wenn nach dem gestrigen Wahlsieg, in dem die demokratische Partei die Zustimmung der Wähler in der letzten Zeit so glücklich bezeugt haben, sich trauen können. Wall Street mag vorübergehend ein verdrießliches Gesicht zeigen, das Ganze des Volkswirtschafts und der Volkswirtschaft wird davon dauernden Vorteil haben. Das ist eine Entwicklung, die man auch in Anbetracht der Tatsache begrüßen muß, daß Wilson in Deutschland die Wächter zu einer liberaleren Handelspolitik in den Vereinigten Staaten wird selbstverständlich für unseren Handel und unsere Industrie von erfreulichsten Folgen sein, sie eröffnet uns auch die Aussicht auf das Zustandekommen eines dauernden und gerechten Handelsvertragesverhältnisses mit der Union, nach dem wir lange vergeblich gestrebt haben. Aber noch mehr: das amerikanische Beispiel wird vermutlich bald seine Rückwirkung auf Europa üben, und man wird hoffen dürfen, das Ende der protektionistischen Hochkultur nah zu sehen.

Die demokratische Partei, der sehr daran liegen muß, die Volkswirtschaft dauernd zu gewinnen, damit nicht die Republikanische Partei nur ein Spielzeug für die „Einführung des Imperialismus“ werde, wird weiter ihre ganze Kraft an die Durchsetzung dieses inneren Reformprogramms setzen. Von Abenteurertum der äußeren Politik wird sie sich fernhalten. Angeblich soll Wilson neuer Staatssekretär des Außenwesens werden. Das wäre eine deutliche Abfolge an dem Imperialismus und Panamerikanismus. Man wird darin schwerlich überstreben, im Interesse ist kaum mehr möglich. Aber in den Wahlen, in der Vertretung der Volkswirtschaft sind die Bedingungen und die Zeitpunkte zu erwarten. Man will keine Schlappen in Rüstung mehr erleben.

Nach mehr als halbhundertjähriger Pause hat die demokratische Partei wieder die Herrschaft in der Union angetreten, mit dem besten Mann an der Spitze, der ihr zur Verfügung stand, mit einem Programm, das die besten demokratischen Traditionen aufrechterhält. Man darf ruhig annehmen, daß das Vorkommen der großen Mehrheit der Wähler, die Wilson gewählt haben, eine Periode wirtschaftlichen Fortschritts bedeutet, die auf weiteres auch im Ausland sich geltend machen wird.

(Siehe des Privat-Telegraphen auf Seite 4.)

## Der geordnete Rückzug der Türken.

Neues Vermittlungsgesuch der Pforte.

Die Pforte, die zuerst von der französischen Regierung eine Intervention mit nachfolgendem Druck auf die Balkanstaaten erbeten hatte, ist jetzt, nach dem Scheitern dieses Schrittes, mit einem neuen Gesuch an Frankreich herantreten. Obgleich man den genauen Wortlaut oder Inhalt des den anderen Regierungen übermittelten Friedensgesuches bisher nicht kennt, muß man annehmen, daß auch das zweite an Frankreich gerichtete Gesuch wieder eine besondere Fassung hat. Denn mit diesem Gesuch, das die Herbeiführung einer Kollektivmeditation wünscht, ist zugleich eine Bitte um Festlegung der Friedensbedingungen verbunden. Hier ist also annehmend bereits ein gewisses Eingehen auf die Antwort der russischen Regierung erkennbar, die für die Vermittlung des Gesuches „plein pouvoir“ verlangt. Natürlich heißt sich die Pforte vor, die Friedensbedingungen anzunehmen oder abzulehnen, und ebenso natürlich werden die Balkanstaaten keinen Waffenstillstand schließen, bevor ihre Bedingungen nicht angenommen sind. Daß die Türkei bereits geneigt sein sollte, diese Bedingungen ohne jedes Zögern zu unterzeichnen, ist wenig wahrscheinlich. Und es kann dabei auch ins Gewicht fallen, daß — wie aus der nachstehenden Depesche uneres vom Schladachfeld vortergebend nach Konstantinopel zurückgekehrten Kriegsreporter Major J. D. Zwenger sich deutlich ergibt — die Schlacht in der Ebene von Lüleburgaz eigentl. von den Türken gewonnen war, daß der türkische Rückzug nicht wieder, wie die bulgarischen Meldungen behaupteten, in eine regellose Flucht ausartete, und daß die türkische Armee annehmend die Tschataldshalinie in guter Ordnung erreicht. Trotz alledem wird wohl, wenn auch nicht sofort, eine Einigung schließlich erzielt werden. Die an die Mächte gerichtete Bitte, die Friedensbedingungen festzusetzen, läßt jetzt wenigstens ein Verhandeln auf einer jenen Basis zu.

\*\*\*

### Der türkische Rückmarsch.

Die durch die Waffen gewonnene und durch Verpflegungsmangel verlorene Schlacht. — Die Aufstellung an der Tschataldshalinie.

(Telegramm uneres zur türkischen Armee entsandten Spezialkorrespondenten)

Konstantinopel, Konstantinopel, aufgegeben an Bord des rumänischen Dampfers „Imperial“, 5. November, 11 Uhr 30 Min. abends.

Die Schlacht zwischen dem beiden Armeen endete erst am 3. November morgens. Die Türken waren in der Schlacht sehr entgegen den bulgarischen Nachrichten. Die Reaktionen waren reichlich gewesen. Am 2. November führte Ruchtar Pasha den rechten Flügel der türkischen Armee von Sarai aus gegen Dunar-Hissar. Er stellte sich an die Spitze von zwei Bataillonen und nahm mit stürmender Hand zwei bulgarische Bataillone in der Tschataldshalinie in der gewonnenen Stellung. Während der Nacht regnete es unaußersöhnlich. Der Regen und vor allem der Hunger — denn seit Tagen mangelte die Verpflegung — demoralisierte die Regimenter türkischen Truppen. In der Nacht bröckelten immer größere Teile ab, so daß Rasim Pasha sich am Morgen gezwungen sah, den Befehl zum Rückzug der gesamten Armee zu geben. Die Armee marschierte in drei Kolonnen auf die Tschataldshalinie zurück. Die linke Kolonne marschierte links von Tscherekschö, die mittlere über Tscherekschö, die rechte weiter rechts von der Salimlinie. Der Rückzug vollzog sich in Ordnung, da die Bulgaren nicht nachdrangen. Die Wege sind durch den letzten Regen und durch die vielen Transporten im denkbar schlechtesten Zustand. Dadurch wird den Bulgaren das Vorbringen von schwerem Geschütz sehr erschwert und der Beginn der neuen Kampfkampfe wird wesentlich hinausgeschoben. Das große Hauptquartier der Türken sowie das Hauptquartier der Schirme sind nach Maradzli verlegt worden. Die Tschataldshalinie wird mit schwerem Geschütz besetzt. Es treffen dort noch vier Divisionen aus Syrien und drei aus Anatolien zur Verstärkung ein. Major J. D. Eugen Zwenger.

### Der serbische Marsch zur Adria und nach Saloniki.

(Telegramm uneres zur serbischen Armee entsandten Spezialkorrespondenten)

pers. Semlin, 6. November 8 Uhr 30 Min. morgens.

Am Sonntag zog General Janowski mit Teilen der Infanterie nach Westen, um zur Adria, nach Duzazzo, vorzudringen. Das hatte das schon zu telegraphischen Verlust, aber diese Verluste waren nicht gefährlich worden. Es ist klar, daß Serbien vor dem Friedensschluß möglichst viel Gebiet und vor allem den Platz am Meer besetzt zu haben wünscht. Die Hauptarmee geht nach Saloniki. Man meint, daß noch in dieser

Woche Saloniki in serbischen Händen sein wird. (Falls die griechische Konturren nicht zuvorkommt. Die Redaktion.) Die Türken haben jeden Widerstand aufgegeben, nur die Albanier werden Janowski und seinen Truppen das Leben schwer machen.

### Die Befürchtungen der Europäer in Konstantinopel.

(Telegramm uneres Korrespondenten)

G. C. Constanza, 6. November.

Der heute früh aus Konstantinopel eingetroffene rumänische Postdampfer brachte viele flüchtige Europäerfamilien mit, welche die türkische Hauptstadt aus Furcht vor einem Massaker verlassen haben. Die Leute berichten, daß ein Teil der Fremdenkolonien in Konstantinopel seit einiger Zeit von einer wahren Panik erfasst seien. Besonders Angst soll in den österreichischen Kreisen herrschen. Der Posthalter hat, wie es heißt, die Kolonien genannt und ihre empfindlichen Frauen und Kinder auf die Schiffe in Sicherheit zu bringen. Der am Hof von Galata liegende Postdampfer „Salzburg“ ist voll von Flüchtlingen, darunter Frauenkinder und Schwelmer. Das Mädchenhaus der österreichischen Schule wurde, wie es heißt, geschlossen. Tatsächlich war die Ruhe in Konstantinopel bis Montag in keiner Weise gestört worden, doch beweisen gewisse Anzeichen bedenkliche Tendenzen eines Teiles der mohammedanischen Bevölkerung. Sonnabend wurden in Konstantinopel sechs von Unteroffizieren aufgeführte Offiziere gefesselt eingebracht, die den Soldaten gefügt hatten, es sei unmöglich sein Leben zu opfern, da die Regierung das Land an die Christen verkauft habe. Sonntag nachmittag wurden mehrere Serben und türkische Hamale, die Drohungen gegen Christen ausgehört hatten, von Gendarmen mit aufgeblasenen Bajonetts nach dem Gefängnis gebracht. Sonntag abend nach 11 Uhr soll in der Kja Sofia ein Meeting von mohammedanischen Fanatikern stattgefunden haben, auf dem angeht worden wurde, wie ein christlicher Missionar auszuführen wäre. Die in Istanbul wohnenden Christen teilen dagegen die Massakerfurcht vieler Fremden nicht, und immer des Landes erklären vorsetzt, die Angst sei unbegründet. Allgemein wird allerdings in Anbetracht der plötzlichen Veränderung befürchtet für den Fall, daß die geschlagene und demoralisierte Osmarce flüchtig nach der Hauptstadt zurückkehrt. Die Beorderung der fremden Kreuzer nach Konstantinopel wurde daher von den Europäern freudig begrüßt.

### Ein neues Vermittlungsgesuch der Türkei.

Nachdem die französische Regierung das an sie gerichtete Spezialgesuch der Pforte abgelehnt, überreichte der türkische Botschafter in Paris ein neues Gesuch, das auch die Bitte um Festlegung der Friedensbedingungen enthält. (Telegramm uneres Korrespondenten)

VA Paris, 6. November.

Der türkische Botschafter in Paris, Rifat Pasha, sprach gestern abend um 6 Uhr bei Herrn Poincaré vor und überreichte ihm ein offizielles türkisches Gesuch um eine europäische Mediation. Diese Depesche Nordunglän Glendis hat folgenden Wortlaut: „Die türkische Regierung bittet die Großmächte um eine Kollektivvermittlung, um ein sofortiges Ende der Feindseligkeiten herbeizuführen und die Friedensbedingungen festzusetzen.“ Herr Poincaré bezieht sich, dem „Matin“ zufolge, dem türkischen Botschafter zu erwidern, daß dieses Vermittlungsgesuch jeden Gedanken eines Dudes auf einen der kriegführenden Teile ausschließt. Er fügte hinzu, daß die Mächte nur dann mit ihrem Mediationsversuch beginnen könnten, wenn die kriegführenden Teile dieses Verfahren angenommen hätten. Der französische Ministerpräsident telegraphierte an alle französischen Botschafter in Europa und ließ durch sie erklären, daß Frankreich bereit sei, über dieses neue türkische Gesuch zu unterhandeln. Im Laufe des letzten Abends fand dann noch ein Ministerialrat statt. Dieser übertrug die Auffassung, daß die Mächte sich über eine Vermittlung einig werden. In ihrer Antwort auf den verunglückten Wienerischen Vorschlag haben alle Mächte die Bereitwilligkeit ausgesprochen, sich einer Vermittlungsoption anzuschließen. Weniger sicher ist man, ob die Balkanstaaten sich den Vermittlungsgedanken anbequemen werden. „Zeit Pariser“ läßt sich eine Erklärung melden, die sein Belgischer Vertreter von einem hohen Beamten des serbischen Ministeriums des Außenwesens erhielt. Diese Erklärung lautet: „Wir werden keine europäische Mediation annehmen, wenn wir nicht die hauptsächlichsten Friedensbedingungen kennen. Die vier Verbündeten sind sich darüber vollkommen einig. Trotz der Gerüchte, die durch Freunde Oesterreichs in den politischen Kreisen und in der Belgrader Presse in Umlauf gesetzt wurden, denken wir an kein spezielles Abkommen mit Oesterreich, Ungarn. Wir wollen zuerst den Krieg beenden und die Früchte unseres Sieges ernten, dann wollen wir die Bande der Balkanföderation, die schon so gewaltige Resultate gebracht hat, enger ziehen. Die Regelung unserer politischen und wirtschaftlichen Beziehungen mit Europa wird zu ihrer Zeit kommen, aber später.“ Einwas zurückhaltender klingt, was der Präsident der Sobanjer, Herr Danew, dem Korrespondenten des „Matin“ in